FDP-Ratsfraktion Kiel

Alternativantrag zur Vorlage 1320/2006 (Erbbaurechtsgrundstücke in Kiel);
TOP 13 der Ratsversammlung vom 15.02.2007

Alternativantrag

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Kiel führt die Verkaufsaktion von Erbbaurechtsgrundstücken in der in Vorlage 1320/2006 beschriebenen Form *nicht* durch.

Begründung:

1. Durch den Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken verzichtet die Stadt auf eine langfristige und relativ sichere Einnahmequelle, die mit verhältnismäßig geringem Verwaltungsaufwand erhoben werden kann.
2. Aufgrund des Nonaffektationsprinzips ist es unklar, in welcher Höhe die Verkaufserlöse zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Insofern ist der Zinsentlastungseffekt für den städtischen Haushalt nur theoretisch kalkulierbar, in der Praxis jedoch unsicher.
3. Die aus sozialpolitischen Erwägungen vergebenen Erbpachten sollten nicht in maßgeblicher Weise unter Renditeaspekten betrachtet werden.
4. Die Interessen der Erbbauberechtigten sind insofern nicht gewahrt, als eine Anhebung des Erbbauzinssatzes nicht generell ausgeschlossen wird und die Bedingungen für die Verkaufsaktion sowie für den gegebenenfalls erfolgenden Verkauf an Dritte nicht hinreichend konkretisiert sind.
5. Ein Verkauf an - möglicherweise ortsfremde - Dritte ist bedenklich und kann mit Risiken behaftet sein.

Eine weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

gez. Jan Huuk
Fraktionsvorsitzender

f. d. R. Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer